A1 PRÄAMBEL: Mühlheim will mehr - Gestalten statt Verwalten

Antragsteller*in: Ortsvorstand

Text

Mühlheim will mehr - davon sind wir GRÜNEN in Mühlheim überzeugt. Kommunalpolitik bedeutet für uns mehr als die Erfüllung der kommunalen Pflichtaufgaben und die reine Verwaltung von Straße, Wohnraum und städtischen Einrichtungen. Wir nehmen den freiwilligen Teil der Kommunalpolitik genauso ernst und wollen zukunftsorientiert gestalten. Wir haben eine Vision für Mühlheim, die wir Hand in Hand mit den Menschen in der Stadt umsetzen wollen - mit innovativen Ideen und nachhaltigen Lösungen.

MÜHLHEIM GEHÖRT DEN BÜRGER*INNEN

Deshalb wollen wir Begegnungsorte für Jung und Alt schaffen sowie den Stadtkern für jede Mühlheimerin und jeden Mühlheimer attraktiver gestalten. Wir nehmen Bürger*innenbeteiligung dabei ernst und wollen frühzeitige, transparente Prozesse in die Wege leiten, um eine tatsächliche Teilhabe für jede und jeden zu ermöglichen.

MÜHLHEIM GEHÖRT UNSEREN KINDERN

Deshalb wollen wir auch in Mühlheim einen Teil dazu beitragen, den klimaschädlichen CO2-Ausstoß zu mindern, die Luftqualität zu verbessern und die Lärmbelastung einzudämmen. Unser Ziel ist die Verbindung grüner Inseln in Mühlheim, die bestehende wie neue Parks, Friedhöfe und Sportanlagen miteinander vernetzt und einen Ort schafft, an dem man sich gerne aufhält. Ein Klimaschutzplan ist für uns auch in Mühlheim unumgänglich, um die Zukunft unserer Kinder nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Wir wollen ein bedarfsgerechtes und lückenloses Angebot der Kindertageseinrichtungen, denn unsere Kinder haben ein Anrecht darauf. Die Planung von KiTa-Plätzen darf für uns nicht weiter auf bestehende Probleme reagieren, sondern muss vorsorglich agieren.

MÜHLHEIM GEHÖRT JEDEM MENSCHEN

Deshalb setzen wir uns für eine inklusive Gesellschaft, Vielfalt und Toleranz ein. Wir wollen Barrieren im gesamten Stadtbild abbauen und Integration erleichtern. Wir messen dem sozialen Wohnungsbau ebenso wie dem Bau von altersgerechten und barrierefreien Wohnungen sowie studentischem Wohnraum eine große Bedeutung bei, denn jede*r hat ein Recht auf bezahlbares Wohnen - ob Studierende, Rentner*innen, Arbeits- oder Asylsuchende.

MÜHLHEIM GEHÖRT JEDER MOBILITÄT

Deshalb wollen wir eine Verkehrswende auch in Mühlheim. Wir setzen uns für ein durchgängiges „Rad-Vorrang-Netz“ ein, auf dem Fahrräder gefahrenlos und schnell verkehren können. Wir wollen mehr öffentlichen Nahverkehr und fördern dabei innovative Lösungen bei der Feinerschließung des ÖPNV. Wir wollen die Belastung unserer Gesundheit und Umwelt durch Luftverschmutzung und Lärm verringern und das Stadtgebiet, ob Bahnhofstraße oder B43, vom Verkehr entlasten.

Mühlheim will mehr - davon sind wir GRÜNEN in Mühlheim überzeugt. Wir haben eine Vision von effektiver Bürger*innenbeteiligung. Eine Vision von besserer Luft- und Aufenthaltsqualität. Eine Vision von einer bedarfsgerechten KiTa-Planung. Eine Vision von bezahlbarem und sozialen Wohnungsbau. Eine Vision von einer Verkehrswende. Eine Vision von Toleranz und Vielfalt.

A2NEU3 KLIMA- & UMWELTSCHUTZ: Stadt begrünen - Klima, Wald & Wasser schützen

Antragsteller*in: Ortsvorstand

Text

Der Klimawandel ist auch in Mühlheim deutlich spürbar. Extremwetterereignisse haben zugenommen und die Durchschnittstemperaturen werden noch weiter ansteigen - mit allen Folgen für Menschen, Pflanzen und Tiere. Gerade in stark bebauten Verdichtungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet steigen die Temperaturen im Sommer ins Extreme an.

Davon ist auch Mühlheim mit wenig grünen Innenstadtbereichen und vielen baumlosen Straßen betroffen. Jetzt müssen auch auf kommunaler Ebene die Weichen zur Minderung des klimaschädlichen CO2-Ausstoßes und zur Verbesserung der Lebensumwelt gestellt werden, um vorausschauend die Wohn- und Lebensqualität in Mühlheim zu erhalten oder gar zu verbessern.

KLIMASCHUTZ AN ERSTER STELLE

Die Stadt Mühlheim braucht endlich einKlimaschutzkonzept und soll wie nahezu alle Städte und Gemeinden im Kreis Offenbach „Klimakommune“ werden - ein Landesprogramm, das Klimaschutzmaßnahmen mit bis zu 90% finanziell fördert. Konkret soll die Stadt Maßnahmen für das Ziel „60% CO2-Minderung bis 2030“ entsprechend den neuesten EU-Vorgaben entwickeln. Dazu bedarf es nachhaltiger Ziele zur Verbesserung der CO2-Bilanz in allen Bereichen der Kommune.

Hierzu zählen die energetische Sanierung des Rathauses, des Mühlheimer Hallenbads sowie aller kommunaler Liegenschaften inklusive denen der „Wohnbau Mühlheim am Main GmbH“ und konkrete Maßnahmen hin zu einer kohlenstofffreien Infrastruktur in den Bereichen Energie und Verkehr. Bis 2030 muss das Photovoltaikpotential konsequent genutzt und eine Vernetzung von Erzeuger*innen und Nutzer*innen innerhalb Mühlheims ermöglicht werden. Photovoltaik soll im gesamten Stadtgebiet ausgebaut, der sogenannte „Solar-Mieterstrom“ in Liegenschaften der Wohnbau umgesetzt werden. Die Mühlheimer Kläranlagen soll zur Phosphatelimination genutzt werden, um die Abwärme aus den Entwässerungssystemenen zu nutzen. Der kommunale Fuhrpark muss erneuert und weitestgehend emissionsfrei betrieben werden.

Nachhaltigkeit hat immer auch eine soziale Dimension. Unter den ökologischen Ausiwrkungen, wie verschmutzer Luft, verdorrten Böden und hochbelastetem Wasser, leiden schon heute die Ärmsten am meisten - sei es bei uns in Mühlheim, in Deutschland oder auch weltweit. Die Klimakrise ist auch ein Produkt sozialer Ungleichheit und Folge eines kapitalisitischen Wirtschaftssystems, das von einer inhärenten Wachstumslogik getrieben wird.
Damit die ökologische Wende unter anderem in Form von Klimaneutralitätsplänen nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch sozial gerecht gestaltet wird, müssen Ungleichverhältnisse in einer nachhaltigen und demokratischen Kommunalpolitik berücksichtigt werden.

SCHUTZ VON UMWELT UND GESUNDHEIT

Mühlheim braucht Klimaanpassungsmaßnahmen zum Schutz von Umwelt, Gesundheit, Wirtschaft, Infrastruktur und vorhandenem Grün. Die Mühlheimer GRÜNEN fordern daher die vorrangige Berücksichtigung des Klimaschutzes bei allen städtischen Planungsaufgaben wie Verkehrs- und Baumaßnahmen.

Im Verkehrsbereich braucht es ein umfangreiches Mobilitätskonzept zur Minimierung des Kfz-Verkehrs, für gute öffentliche Nahverkehrsanbindungen, die Bereitstellen von Sharing-Angeboten sowie einen großzügigen Fuß- und Radwegeausbau. Im Bereich Stadtentwicklung soll die Förderung der Entsiegelung und Begrünung von Parkplätzen vorangetrieben werden. Ebenso können in Vorgärten und Hinterhöfen Fassaden- und Dachbegrünung angebracht werden.

Ein städtisches Förderprogramm mit Zuschüssen für private Maßnahmen ist hierfür ein effektives Mittel. Wir setzen uns für die Wiedereinführung einer Vorgartensatzung ein, mit dem Ziel, Schottergärten zu minimieren und zukünftig zu verhindern.

GRÜNE INFRASTRUKTUR

Die Aufwertung bestehender öffentlicher Grünflächen im Sinne der biologischen Vielfalt (Biodiversität) und die umfangreiche Ausweisung neuer öffentlicher Grünflächen ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen eine Vernetzung aller grünen Flächen in der Stadt herstellen. Darunter fallen Parks, Friedhöfe, Sportanlagen, Kleingärten, Straßenbäume, Grünanlagen, aber auch Grünflächen in Vorgärten, Hinterhöfen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen zur Förderung der Biodiversität. Friedhöfe müssen künftig naturnah gestaltet werden und als grüne Oasen für Menschen, Pflanzen und Tiere im Stadtgebiet dienen.

Pflege des Waldes

Fast 40 % der Fläche von Mühlheim ist mit Wald bedeckt, das sind ca. 800 ha, die nach FSC zertifiziert sind. Bisher wurde der Wald nach dem Grundsatz bewirtschaftet, dass die notwendigen Investitionen durch die Einnahmen aus der Holzwirtschaft gedeckt werden. Aufgrund des Klimawandels und der extrem trockenen Sommer der letzten Jahre hat aber auch der Wald in Mühlheim erheblich gelitten. Deutlich sichtbar sind die vielen abgestorbenen Bäume – sowohl im alten Bestand als auch bei den Jungbäumen. Es muss in den nächsten Jahren in Aufforstung investiert werden. Gleichzeitig ist überregional der Holzmarkt zusammengebrochen und es sind aus dem Holzverkauf kaum noch Gewinne zu erzielen. Daher muss Mühlheim in den nächsten Jahren die entsprechenden Gelder im Haushalt einstellen, um die Vielfalt von Flora und Fauna und den Erholungswert des Waldes für die Bevölkerung zu erhalten. Wir setzen uns ein für Maßnahmen der Naturverjüngung und Waldrandpflege. Das zu pflegende Wegenetz sollte nach und nach auf die für Spaziergänger und Radfahrer notwendigen Wege reduziert werden. Grabenpflege dient dem Schutz der Wege, aber nicht der Entwässerung des Waldes, der als Wasservorratsspeicher dient. Weitere Waldflächen sollen aus der Bewirtschaftung genommen werden, vor allem jene mit besonders alten und schützenswerten Bäumen (z.B. der Eichenwald an der Käsmühle). Die gerade in Mühlheim besonders ausgeprägte Vielfalt von Amphibien ist weiterhin zu schützen und zu pflegen. Zur Bekämpfung der Mückenplage sind gezielt Maßnahmen zur Ansiedelung von Vögeln, z.B. Mauerseglern, und Fledermäusen umzusetzen. Mit den örtlichen Naturschutzinitiativen ist bei der Umsetzung dieser Ziele zu kooperieren.

Ebenso gilt es auf Jäger*innen einzuwirken und ökologische Fortbildungsmaßnahmen zu fördern. Nicht nur kann so die Qualität der Wälder nachhaltig verbessert werden, sondern zusätzlich unnötiges Leid verhindert werden. Jäger*innen müssen regelmäßig ihren Jagd- und Waffenschein erneuern und sich diesbezüglich fortbilden. Wir wollen, dass ein möglichst leidfreier Tod der bejagten Tiere gewährleistet werden kann. Es bietet sich an, eine*n Tierschutzbeauftargte*n zu ernennen, die*der sich mit der Umsetzung aller Maßnahmen beschäftigt, diese aktualisiert und weitergreifende Forderungen stellen kann.

Diese Maßnahmen bedeuten neben effektivem Klimaschutz eine Minderung des Lärms und eine Verbesserung der Luftqualität. Mehr innerstädtische Begrünung trägt erheblich zum Wohlbefinden von Mensch und Tier bei. Durch mehr dezentral gepflanzte Bäume und eine intensive Begrünung wird das Mikroklima deutlich verbessert und Beschattung im öffentlichen Raums zur Minderung der sommerlichen Extremhitze sichergestellt. Insbesondere sollen hitzeresistente Arten gepflanzt werden, deren regelmäßige Bewässerung und Pflege technisch und personell gewährleistet werden können.

Weitere Maßnahmen für eine grüne Infrastruktur sind die Verschattung und damit Kühlung von Gebäuden, die Verbesserung der Versickerung von Niederschlägen sowie die Stärkung der Vielfalt der Insekten in der Stadt durch blühende Wiesen als Nahrungsspender.

UMWELTBEWUSSTSEIN UND NACHHALTIGKEIT

Die städtischen Maßnahmen sind durch die Aufklärung zur persönlichen CO2-Bilanz und Anstöße zu deren Minderung zu ergänzen. Informationen zur Gestaltung naturnaher, insektenfreundlicher Wiesen und Gärten sollen künftig bereitgestellt werden. Hinweise zur Auswahl hitzeverträglicher Pflanzen und Bäume oder Tipps zu Dach- und Fassadenbegrünung tragen zu einem besseren Umweltbewusstsein und einer nachhaltigen Lebensweise bei.

Wir wollen Flächen für „Urban Gardening“-Projekte bereitstellen. Die Einrichtung eines Natur- und Geschichtslehrpfades im Naherholungsgebiet und weitere umweltpädagogische Maßnahmen müssen von der Stadt intensiviert werden.

WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- die vorrangige Berücksichtigung des Klimaschutzes bei allen städtischen Entscheidungen
- ein umfangreiches Klimaschutzkonzept und den Beitritt zum hessischen Bündnis der „Klimakommunen“
- eine CO2-neutrale Infrastruktur in den Bereichen Energie und Verkehr
- die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden einschließlich Gebäuden der Wohnbau
- den Ausbau sowie die konsequente Nutzung des Photovoltaikpotentials in Mühlheim
- mehr innerstädtische Begrünung zum Wohlbefinden von Mensch und Tier
- die Vernetzung grüner Inseln in Mühlheim und die Aufwertung bestehender öffentlicher Grünflächen
- eine naturnahe Gestaltung der Friedhöfe und mehr Beschattung im öffentlichen Raums
- die Förderung des Umweltbewusstseins und mehr Aufklärung zum Thema Nachhaltigkeit

A3NEU MOBILITÄT & INFRASTRUKTUR: Verkehr und Luft entlasten - Fahrradstadt Mühlheim

Antragsteller*innen:

Text

Wir setzen uns für eine Förderung der Nahmobiltät ein. Damit sind Wege gemeint, die aufgrund einer kurzen Distanz zu den Zielen zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden können. Wege zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen sollen aber auch mit einem entsprechendem ÖPNV-Angebot ermöglicht werden, so dass eine bedarfsgerechte Mobilität für alle Mühlheimer*innen gegeben ist und ein Verzicht auf den PKW möglich wird.Sichern muss dies eine breite Palette an Verkehrsmitteln und -wegen – ob Bus und Bahn, Rad- oder Fußwege, Car- und Bikesharing oder innovative Sondernutzungen.Nur so kann die Verkehrswende beginnen.

Räumliche Entwicklung und Mobilitätsplanung müssen sich künftig an den Strukturen des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) und deren Haltepunkten sowie an Fuß- und Radwegen orientieren. So kann langfristig eine Mobilitätsgewährleistung und -teilhabe bei möglichst geringem Verkehrsaufwand gewährleistet werden. Wir legen hierbei Wert auf kurze Wege und die Erreichbarkeit von Nahversorgung und Natur. Wir wollen negative Gesundheitsfolgen für den Menschen durch das Verkehrsaufkommen und Verkehrslärm sowie den unwiderruflichen Schaden an der Natur durch Emissionen und Energieverbrauch minimieren.

Dem Umdenken im Verkehrssektor kommt bei der Reduktion der Emission klimaschädigender Gase und damit zur Bewältung der Klimakrise eine entscheidende Rolle zu. Unsere Mobilitätspolitik zielt auf eine nachhaltige Entwicklung und die gezieltere Steuerung im Verkehrssektor mit dem Fokus auf Umweltziele ab. Gleichzeitig verstehen wir die Mobilitätsgewährleistung als Teil einer sozialen Entwicklung und finden elementar, dass keine Mühlheimer*innen, unabhängig von Beruf, Einkommen und Lebenssituation, von diesen Strukturen im Bereich der Mobilität ausgeschlossen sein darf. Öffentlicher Nahverkehr muss flächendeckend und für alle bezahlbar werden.

NAHMOBILITÄT

Das Fahrrad leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Entlastung der Stadt von Lärm, Abgasen und zugeparkten Straßen und somit zur Steigerung der Gesundheit und Aufenthaltsqualität. Für uns ist es eine zentrale Aufgabe der Stadt Mühlheim, das Radfahren alltagstauglich zu machen und in den Vordergrund der Mobilität zu rücken. Mühlheim soll eine Stadt werden, in der es einfach, übersichtlich und sicher ist, sich mit dem Fahrrad fortzubewegen. Die gestückelten Radwege ohne gesicherte Übergänge sollen konsequent zu einem Radwegenetz verbunden werden. Es muss klar erkennbar sein, wo ein Radweg endet und wo er fortgeführt wird. Für Radfahrer*innen gefährliche Kreuzungspunkte müssen entschärft werden.

Unsere Vision für Mühlheim ist ein Rad-Vorrang-Netz – ein durchgängiges Netz, auf dem der Radverkehr besonders zügig und sicher verkehren kann. Perspektivisch wollen wir eine Steigerung des Radverkehrsanteils und gleichzeitig eine deutliche Senkung der Fahrradunfälle durch eine Mobilitätsinfrastruktur, die das Fahrrad nicht nur als Nebeneffekt des Straßenverkehrs begreift.

Die bisher in den städtischen Haushalt aufgenommenen finanziellen Mittel für den Radverkehr sind bei Weitem nicht ausreichen. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Gewährleistung von sicheren Schulwegen sowie der Instandhaltung und dem Ausbau der Fahrradwege zum Bahnhof. Mit klaren Kennzeichnungen wie Markierungen und Hinweisen, gestrichelten Linien oder Fahrrad- und Fußgängerstreifen wollen wir dafür sorgen, dass die Mobilität zwischen Radfahrer*innen und Fußgänger*innen in hochfrequenten Bereichen zu weniger Unfällen führt.

In der Bahnhofstraße wollen wir das Einkaufen mit dem Fahrrad beispielsweise durch Fahrradstellplätze erleichtern und so mehr Kundschaft in die Geschäfte locken. In den Hauptverkehrsstraßen müssen gut erkennbare Fahrradwege mit ausreichenden Markierungen ermöglicht werden. In Nebenstraßen mit Tempo 30 müssen Fahrradstraßen mit Vorrecht für Radfahrer*innen und ausschließlich Anlieger*innenverkehr entstehen.

Die von den GRÜNEN bereits 2019 beantragte und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Erweiterung der Fahrradboxen am Mühlheimer Bahnhof ist schnellst möglichst umsetzen. Die langen Wartelisten lassen keinen Zweifel an einem großen Bedarf. Insbesondere aus Lämmerspiel fahren viele Menschen mit dem Fahrrad an den Bahnhof, wo sie nach einer sicheren Abstellmöglichkeit suchen. Langfristig ist zu prüfen, ob ein Fahrradparkhaus am Mühlheimer Bahnhof finanziell sinnvoll und machbar ist. Bei städtischen Großveranstaltungen sollen verstärkt Abstellplätze für Fahrräder geschaffen und somit die Anreise mit dem Rad lukrativer gemacht werden.

Die interkommunalen Planungen für einen südmainischen Radschnellwegzwischen Hanau und Frankfurt sind zu finalisieren. Bis die Planung abgeschlossen ist, muss die Stadt Mühlheim gewährleisten, dass die hierfür vorgesehenen Flächen freigehalten werden und unbebaut bleiben. In Dietesheim wurde mit der Bebauung des Bender-Geländes und den hierfür vorgesehenen Parkflächen dem geplanten Radschnellweg Steine in den Weg gelegt. Weitere solcher Fälle könnten die Zukunft der Route gefährden und sind somit zu verhindern.

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Neben dem Fahrrad ist der Öffentliche Personennahverkehr ein zweiter wichtiger Baustein der Verkehrswende, der in allen Bereichen, ob Bus- oder Bahnverbindungen, Barrierefreiheit oder Flexibilität, für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet werden muss. Hierbei müssen vorhandene Strukturen überdacht und innovative Wege begangen werden. Unsere Maßnahmen sollen es den Bürger*innen erleichtern, den privaten Autoverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel zu verlagern. Hierbei sind wir offen für zukunfts- und technologieoffene Konzepte. Nur so kann langfristig ein flexibles und zeitgemäßes städtisches Angebot bei der Feinerschließung des ÖPNV gewährleistet werden, das auf Bedarf und Anforderungen reagiert. Wir legen großen Wert darauf, dass bei der Installation neuer Angebote ein langfristig flächendeckend elektrifizierter Betrieb sowie eine bezahlbare Preisregulierung gewährleistet werden.

Zudem ist die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV und insbesondere des städtischen Verkehrs ein elementares gesellschaftliches Ziel. Die Barrierefreiheit muss an allen Mühlheimer Haltestellen, die für jede Person ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sein müssen, gesichert werden. Die durch Mittel der EU

sowie des Landes Hessen betriebe Umrüstung muss schnellstmöglich finalisiert werden. Barrierefreiheit muss auch bei künftigen Elementen des ÖPNV mitgedacht werden.

Wir wollen darauf hinarbeiten, dass die Taktung der S-Bahn-Linien S8 und S9 an den beiden Mühlheimer Bahnhöfen verbessert wird. So soll mittelfristig eine Ausdehnung des 15-Minuten-Rhythmus auf den Vor- und Nachmittag sowie den Abend ermöglicht werden. Auch die Abstimmung mit den Busabfahrtzeiten muss nutzer*innenfreundlich verbessert werden.

Die Zweispurigkeit der S-Bahn-Schienen zwischen Offenbach Ost und Mühlheim sowie Mühlheim-Dietesheim und Steinheim ist mittelfristig anzustreben. Der hohe Pendler*inne-Anteil, der weit über dem hessischen Durchschnitt liegt, und die in den vergangenen Jahren stark wachsende Bevölkerungszahl der Stadt macht diesen Schritt umso dringlicher. Die teilweise Einspurigkeit ist ein wichtiger Grund für die hohe Unpünktlichkeit der S8 und S9.

Die Schüler*innenbeförderung muss auch weiterhin in Zusammenarbeit mit dem Kreis Offenbach durch den öffentlichen Nahverkehr gewährleistet sein. Ebenso muss die Anbindung von Lämmerspiel an den Mühlheimer Bahnhof mit öffentlichen Verkehrsmitteln auch künftig gegeben und mit einer gültigen RMV-Karte ohne Mehrkosten nutzbar sein.

Wir fordern bei der Feinerschließung des Öffentlichen Personennahverkehrs ein flexibles und zeitgemäßes städtisches Angebot. Dazu wollen wir das vorhandene Angebot von Anruf-Sammel-Taxi (AST) und der Businie 31 ausbauen, um endlich ganz Mühlheim zu verbinden. Außerdem wollen wir in allen Stadtteilen ein Angebot von Leihfahrrädern schaffen, um eine moderne, ökologische, kostengünstige und vor allem flexible Ergänzung zum AST zu schaffen.

INDIVIDUALVERKEHR

Wir befürworten die Einspurigkeit des Bundesstraße 43 Nord durch Mühlheim, durch die Lärm und Abgase vermieden, Unfälle verhindert und die Mobilität von Fußgänger*innen und Radfahrern*innen erleichtert wird. Wir erwarten einen positiven Ausgang des Verkehrsversuchs und wollen die Einspurigkeit mit Begrünungselementen installieren. Nach dem Verkehrsversuch ist zu prüfen, ob eine durch parkende Autos in der Praxis ohnehin bestehende Einspurigkeit in Dietesheim ab dem Ortseingangsschild denkbar ist. Zudem stellt sich für uns langfristig die Frage, ob eine einspurige Fahrbahnführung auch auf der südlichen B43 (Schillerstraße) in Frage kommt.

Uns ist wichtig festzuhalten, dass auch durch eine Regulierung der motorisierten Infrastruktur der städtische Verkehr entlastet werden kann. Hierbei ist insbesondere die Ampelschaltung zu optimieren und hierdurch stehender Verkehr zu verhindern. Für die Mobilität in Mühlheim wichtige bestehende Straßen gilt es auch weiterhin zu Sanieren und zu Modernisieren. Wir fordern ein nächtliches Tempo 30 auf den Hauptverkehrsstraßen.

Die Förderung eines umweltfreundlichen motorisierten Individualverkehrs mit dem Umstieg von verbrennungsbetriebenen auf hybride oder elektrische Motoren soll durch die Finanzierung und Aufstellung weiterer E-Säulen an zentralen Stellen im Stadtgebiet angereizt werden. Die vorhandene Infrastruktur an E-Säulen spiegelt nicht die allgemeine Zunahme an KFZ-Zulassungen mit Elektromotoren wider bzw.

setzt nicht die Infrastruktur für die in Zukunft zu erwartende Steigerung der Nachfrage an Elektromobilität voraus.

Wir setzen uns für eine Entlastung der Bahnhofstraße vom Durchgangsverkehr zwischen dem Brückenmühlenparkplatz und der Mozartstraße ein. Anlieger*innen und Zuliefer*innen sollen hiervon nicht tangiert werden. Vom Brückenmühlenparkplatz soll grundsätzlich nur noch auf die B43 gefahren, nicht aber nach rechts in die Bahnhofstraße abgebogen werden dürfen.

Die Aufenthaltsqualität in der Bahnhofstraße wird durch die Befreiung von parkenden Autos auf Fußwegen und Straßen erheblich gesteigert. Die freiwerdenden Flächen sollen als Begegnungsorte und der Begrünung dienen.

Ein umfangreiches Verkehrskonzept für Lämmerspiel ist für uns überfällig. Hier wie in anderen Mühlheimer Stadtteilen müssen Parkraumkonzepte die Parksituation optimieren.

MAINQUERUNG NACH MAINTAL-DÖRNIGHEIM

Wir setzen uns auch weiterhin für eine Mainquerung zwischen Mühlheim und Maintal-Dörnigheim ein. Wir wollen prüfen, ob die Anschaffung einer neuen solarbetriebenen Fähre wirtschaftlich machbar und sinnvoll ist. Hierbei können gegebenenfalls Zuschüsse von europäischer oder Bundesebene Abhilfe schaffen. Wir lehnen eine Brücke für den motorisierten Verkehr auf der Mühlheimer Mainseite grundsätzlich ab. Eine solche Brücke würde den Verkehr in Mühlheim in einer ferneren Zukunft zusätzlich belasten, in der Fahrradinfrastruktur und Öffentlicher Nahverkehr längst im Vordergrund der Mobilitätspolitik stehen sollten.

BEGRÜNUNG

Auch bei der Gestaltung der Verkehrsplanung muss für uns eine dem Klimawandel angemessene Begrünung Berücksichtigung finden. Eine Verdichtung im Stadtgebiet, große Parkflächen und anderen „Betonwüsten“ heizen die Stadt besonders in trockenen Sommern erheblich auf. Wir wollen daher flächendeckend Grüninseln und Grünstreifen in der Verkehrsinfrastruktur installieren. Bäume zwischen Parkplätzen, sei es auf der B43 oder dem Brückenmühlenparkplatz, können das Klima entlasten und parkenden Autos Schatten spenden.

BARRIEREFREIHEIT

Auch außerhalb des ÖPNV-Bereichs muss die Barrierefreiheit im gesamten Stadtgebiet erreicht werden. Wir wollen in Mühlheim daran arbeiten, Gehwege abzusenken, insbesondere dort, wo Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Plätze oder Praxen erreicht werden müssen. Auch Zufahrten zu öffentlichen Gebäuden wie Friedhöfe oder dem Rathaus müssen barrierefrei sein. Vor dem Hintergrund, dass bis 2035 ein steigender Altersdurchschnitt der ohnehin im hessenweiten Vergleich überdurchschnittlich alten Bevölkerung Mühlheims prognostiziert wird, erscheinen diese Schritte umso dringlicher. Insbesondere ohnehin anfallende Sanierungen bieten eine große Chance, diese Schritte mitzudenken.

LUFTVERKEHR

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Lärmbelastung durch den Flugverkehr verringert wird. Der Flugverkehr trägt nicht nur maßgeblich zur Lärmbelastung in Mühlheim bei, sondern ist zudem mit seinen Emissionen einer der „Hauptsünder“ in

der Klima-Frage. Wir fordern, das nächtliche Flugverbot auszuweiten und Kurzstreckenflüge erheblich einzuschränken. Städtisch ist in einzelnen Fällen zu prüfen, ob Lärmschutz-Maßnahmen ergriffen werden müssen.

WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- Einführung der längst fälligen Umweltzone (Eurozone 4)für Kfz im Mühheimer Stadtgebiet
- eine Förderung der Nahmobilität
- eine Entlastung der Stadt von Lärm, Abgasen und zugeparkten Straßen
- ein Rad-Vorrang-Netz, auf dem der Radverkehr besonders zügig und sicher verkehren kann
- ein flexibles und zeitgemäßes städtisches Angebot bei der Feinerschließung des ÖPNV
- eine Verkehrsentlastung der Innenstadt durch die Optiminierung der Infrastruktur
- ein Verkehrskonzept für Lämmerspiel
- eine Begrünung der Straßen durch Grüninseln, Bäume und mehr
- eine zunehmend barrierefreie Stadt
- eine Fährverbindung nach Maintal

A4 STADTENTWICKLUNG & WOHNEN: Bedarfsorientierter Wohnungsbau - Sozial, ökologisch, nachhaltig

Antragsteller*in:	Ortsvorstand
Status:	Zurückgezogen

Text

Das Rhein-Main-Gebiet ist eine Wachstumsregion - auch in Mühlheim sind die Folgen dieser Entwicklung zu spüren. Die sozial problematischen und umweltschädigenden Folgen müssen für Mühlheim gebremst und planerisch bewältigt werden. Der Klimawandel erschwert das Wohnen durch hohe Sommertemperaturen, Dürre und Trockenheit und führt zu einer Konkurrenz zwischen Wohnflächennachfrage und nachhaltiger Flächennutzung. Gleichzeitig leiden zuzugswillige Wohnungsinteressent*innen sowie viele Mühlheimer*innen unter dem begrenzten Wohnungsangebot und dem hohen, teilweise unbezahlbaren Mietniveau.

Hier ist eine vorausschauende, sozialgerechte und umweltorientierte Entwicklung des Mühlheimer Stadtgebiets gefragt – mit anderen Worten: Eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Stadtentwicklungsplanung, die Bürger*innen nicht, wie derzeit, als lästige Verfahrensbeteiligte sieht, sondern die Weichen für eine demokratische Planungskultur stellt, die Interessen der Bürger*innen und nicht Parteipolitik in den Mittelpunkt rückt.

Verantwortungsvolle Stadtplanung, wie wir GRÜNEN sie uns vorstellen, nimmt Bürger*innenbeteiligung ernst und fordert alternative Planungsverfahren frühzeitig vor der Aufstellung eines Bebauungsplans.

BEZAHLBARER WOHNRAUM

Der Rückkauf von geförderten Wohnungen, die in den kommenden Jahren aus der Belegungsbindung fallen und sonst dem Markt preisgünstiger Wohnungen verloren gehen, muss auch in Mühlheim verstärkt genutzt werden. Wir unterstützen zudem die Entwicklung einer Strategie zur Förderung von Umzugsketten oder zum Wohnungstausch. Ziel ist zum Einen der Verbleib in der Nachbarschaft, zum Anderen die Übernahme von Umzugs- und Renovierungskosten sowie die Sicherung des derzeitigen Mietniveaus für beide Parteien.

Die Bereitstellung preisreduzierter Grundstücke für soziale Wohnungsbauprojekte und die Vergabe im Konzeptverfahren sind für uns wichtige Faktoren im Bereich der Städteplaung. Zudem wollen wir den Wohnheimbau für Auszubildende und Studierende fördern und Projekte des Mehr-Generationen-Wohnens unterstützen. Nicht zuletzt fordern wir mehr sozialen Wohnungsbau bei Projekten der städtischen Baugesellschaft.

MENSCHENNAHE STADTPLANUNGSPOLITIK

Die GRÜNEN in Mühlheim stehen für einen Kulturwandel in der Mühlheimer Planungspolitik. Was in vielen Städten längst Standard ist, fehlt in Mühlheim gänzlich - ein umfassender Bürger*innen-dialogüber die künftige Entwicklung der Stadt bezüglich des Ausbaus von Wohnungen sowie Frei- und Grünflächen, in Mobilitätsfragen und in Fragen der sozialen Infrakstruktur. Dieser Dialog kann in Bürger*innenworkshops oder Planungsbeiräten und unter Beteiligung der heimischen Wirtschaft und der Vereine durchgeführt werden. Das bedeutet

menschenorientierte Stadtplanung, wie sie das Baugesetzbuch vorsieht, diese in Mühlheim aber seit vielen Jahren ignoriert wird.

Den Wünschen und Renditeerwartungen von Investor*innen und Immobilienunternehmen darf die Stadt Mühlheim nicht weiter nachlaufen. Projekte wie auf dem ehemaligen Gärtnerei-Gelände am Wingertsweg in Dietesheim oder dem ehemaligen Traveller-Gelände in Lämmerspiel sind das Ergebnis der ziellosen Planungspolitik der vergangenen Jahre. Ein weiteres Beispiel hierfür kündigt sich nun auf dem Waitz-Gelände in Lämmerspiel an.

Wir GRÜNEN stehen hier für eine inhaltliche Neuausrichtung der Stadtentwicklung. Gerade im Falle einer Intensivierung der Bestrebungen, im Augenwaldgebiet großflächig Wohnraum zu bauen, ist eine intensive Verbindung von offensiver wie fachlich engagierter Stadtplanung des Magistrats und intensiven Beteiligungsverfahren, die Interessen der Mühlheimer Bürger*innen berücksichtigt, notwendig.

SOZIAL VETRÄGLICHE STADTPLANUNG

Stadtplanung, wie wir sie verstehen, setzt maßgeblich die Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines sozialgerechten Wohnungsbaus von Läden, Geschäfte und Dienstleister*innen in Mühlheim und tritt mit allen Beteiligten in Dialogverfahren ein.

Bei größeren Neubaumaßnahmen müssen Investor*innen ausreichend zur Finanzierung der Folgekosten ihrer Projekte herangezogen werden. Mit städtebaulichen Verträgen sind im rechtlich zulässigen Umfang die leistungslosen privaten Planungswertgewinne der Baumaßnahmen zur Finanzierung des geförderten Wohnungsbaus und der verkehrlichen und sozialen Infrastruktur wie KiTas und Grundschulen heranzuziehen. Die exorbitanten Bodenwertsteigerungen der letzten Jahrzehnte – auch in Mühlheim – dürfen bei Investorenprojekten und damit zusammenhängenden Bebauungsplanverfahren nicht allein der privaten Gewinnmaximierung dienen.

Eine angemessene Versorgung auch mit Pflegeplätzen und altersgerechten Wohnungen für Senioren*innen muss hier ebenso auf der Agenda stehen wie ein Angebot für junge Wohnungssuchende wie junge Familien, Auszubildende und Studierende. Für alle gemeinsam können Förderprogramme zu „Mehr-Generationen-Wohnen“ genutzt und Pilotprojekte realisiert werden. Auch der Ausbau und die Förderung städtischer Jugendbetreuungseinrichtungen ist Teil einer sozialorientierten Entwicklung, die auf Integration und Prävention setzt.

NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

Eine Bebauung des Augenwald-Gebietes darf den Mühlheimer Haushalt nicht zusätzlich zu Lasten fallen. Nur als städtebauliche Entwicklungsmaßnahme oder vergleichbare öffentlich organisierte Trägerschaften ist für uns eine Bebauung denkbar. Wir unterstützen eine Augenwald-Bebauung nur dann, wenn die Bezahlbarkeit des Wohnraums sichergestellt wird, d. h. bei wesentlicher Berücksichtigung von Baugenossenschaften, Baugruppen und gefördertem Wohnungsbau von insgesamt mindestens 40 Prozent.

Die GRÜNEN in Mühlheim fordern die Erarbeitung eines Nutzungs- und Gestaltungskonzepts für die Bahnhofstraße mit den Eigentümer*innen, Anwohner*innen und der gesamten Bevölkerung. Dazu muss auch ein

„Entwicklungskonzepts Vergnügungsstätten“ für die Gesamtstadt ausgearbeitet werden. Störungsempflindliche Wohnbereiche können hierdurch besser geschützt werden. Die unbefriedigende Verkehrs- und Ladenentwicklung des Mühlheimer Ortskerns muss gemeinsam neu gedacht und verbessert werden. Das Stadtbild in der Mühlheimer Altstadt und an der Brückenmühle muss erhalten und verbessert werden.

Wir fordern eine Verstärkung der „Innenentwicklung“ durch Mobilisierung von Brach- und Vorhaltegrundstücken, auch durch das Instrument des Baugebots. Auf das B-Plan-Verfahren Nr.81 zwischen Mühlheim und Dietesheim soll verzichtet werden, damit keine Schließung des landschaftlichen Freiraums ermöglicht wird. Eine Entstehung neuer Gewerbegebiete ohne eine gesamtstädtische Gewerbeflächenanalyse darf es für uns nicht mehr geben.

STÄDTEBAULICHE QUALITÄT

Die GRÜNEN in Mühlheim stehen für eine städtebauliche Aufwertung des Bereichs Brückenmühle und des Brückenmühlenparkplatz. Hierbei können Baumpflanzungen, eine Brücke und das Ersetzen des Industriezauns durch eine der Mühle angemessene Zaungestaltung wichtige Maßnahmen bilden. Wir formulieren städtebauliche Qualitätsziele, die sich nicht mit der Erfüllung von Mindeststandards der hessischen Bauordnung zufrieden geben.

Die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats, der mehrmals im Jahr die Stadt bzw. städtische Wohnungsbauunternehmen und private Bauherr*innen in Gestaltungsfragen berät, ist für uns zwingend zu prüfen. Beiratsmitglieder können hierbei interessenunabhängig sein und müssen nicht in Mühlheim wohnhaft sein.

Die Belebung der Mühlheimer Altstadt durch eine engagierte Suche nach Beitreiber*innen des Restaurants „Abtshof“ ist uns ein wichtiges Anliegen. Ebenso wollen wir die Überarbeitung städtischer Satzungen zum Stopp der zunehmenden Betonierung und „Versteinerung“ privater Vorgartenflächen in den Diskurs einbringen.

NACHHALTIGE UND SOZIALE PROJEKTE

Wir wollen Mehrgenerationenhäuser, Begegnungsorte für alle Bürger*innen und ein sozial verträgliches Miteinander. In Lämmerspiel setzen wir uns für ein gemeinschaftliches Ortszentrum, in der Bahnhofstraße für eine Neugestaltung mit innovativen Ideen ein.

Wir wollen Spiel- und Sportplätze fördern und ausbauen sowie das Naherholungsgebiet nicht verwalten, sondern gestalten. Durch eine konsequente Stadtbegrünung soll Mühlheim grüner und damit die Aufenthalts- wie Luftqualität verbessert werden. Wir positionieren uns klar gegen eine kommerzielle Flächennutzung wie künftig auf dem Bender- oder Waitz-Gelände.

WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- Intensive Bürger*innenbeteiligungsverfahren bei allen neuen Mühlheimer Bebauungsprojekten
- Die Neugewichtung einer eigenständigen Stadtplanung mit entsprechender personeller Ausstattung
- Mehr bezahlbaren und sozialen Wohnraum sowie den Rückkauf von geförderten Wohnungen
- Altersgerechte Wohnungen für Senior*innen sowie ein bedarfsgerechtes Angebot für junge Wohnungssuchende
- Die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats, der die Stadt in Gestaltungsfragen berät
- Mehr Begrünung auch bei der Stadtplanung, ob in Vorgärten, auf Dächern oder an Fassaden
- Die Erarbeitung eines Nutzungs- und Gestaltungskonzepts für die Bahnhofstraße
- Eine städtebauliche Aufwertung des Bereichs Brückenmühle bzw. des Brückenmühlparkplatz
- Mehr Begegnungsorte für alle Mühlheimer*innen sowie die Förderung von Spiel- und Sportplätzen

A4NEU2 Globalalternative - STADTENTWICKLUNG & WOHNEN: BEDARFSORIENTIERTER WOHNUNGSBAU - SOZIAL, ÖKOLOGISCH, NACHHALTIG

Antragsteller*innen:

Text

Das Rhein-Main-Gebiet ist eine Wachstumsregion - auch in Mühlheim sind die Folgen dieser Entwicklung zu spüren. Die sozial problematischen und umweltschädigenden Folgen müssen für Mühlheim gebremst und planerisch bewältigt werden. Der Klimawandel erschwert das Wohnen durch hohe Sommertemperaturen, Dürre und Trockenheit und führt zu einer Konkurrenz zwischen Wohnflächennachfrage und nachhaltiger Flächennutzung. Gleichzeitig leiden zuzugswillige Wohnungsinteressent*innen sowie viele Mühlheimer*innen unter dem begrenzten Wohnungsangebot und dem hohen, teilweise unbezahlbaren Mietniveau.

Hier ist eine nachhaltige, sozialgerechte und umweltorientierte Entwicklung des Mühlheimer Stadtgebiets gefragt. Wir fordern deshalb eine nachhaltige und qualitativ hochwertige Stadtentwicklungsplanung, die Bürger*innen nicht als lästige Verfahrensbeteiligte sieht, sondern die Weichen für eine demokratische Planungskultur stellt. Die Bedürfnisse der Bürger*innen müssen in den Mittelpunkt gerückt werden - und nicht parteipolitischen Interessen.

NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG

Wir GRÜNEN stehen für eine inhaltliche Neuausrichtung der Stadtentwicklung. Es braucht einen nachhaltigen, zukunftsorientierten und das gesamte Stadtgebiet umfassenden Stadtentwicklungsplan - wie beispielsweise in Offenbach, Hanau und Seligenstadt. Dieser muss in einem umfassenden Bürger*innendialog diskutiert und mit unterschiedlichen Interessengruppen in einem „Masterplan Mühlheim 2040“ ausformuliert werden, der künftig als grundlegende Leitlinie aller planerischen Einzelmaßnahmen dient.

Es braucht eine Überarbeitung von Gebiets- und Stadtstrukturen mit besonderen Schwerpunkten auf ökologischen Zielen – mit der Unterscheidung zwischen Schutz-Zonen (Wald, Streuobstwiesen, Naturschutz, Landschaftsschutz, Wasser) und Nutz-Zonen (Wohnen, Gewerbe, Mischgebiete) – und damit eine Aktualisierung und Überprüfung von nicht mehr aktuellen Gebietsausweisungen. Anstatt an überalterten Bebauungsplänen festzuhalten, die den Zielen von Nachverdichtung und Klimaschutz widersprechen, müssen soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte berücksichtigt werden. Die Werkzeuge des Baugesetzbuchs, die die Stadt und die Parlamentarier*innen zur Verfügung haben, müssen unbedingt genutzt werden, um Mühlheim zukunftsfähig zu machen.

MENSCHENNAHE STADTPLANUNGSPOLITIK UND BÜRGER*INNENBETEILIGUNG

Ein Kulturwandel in der Mühlheimer Planungspolitik beinhaltet einen umfassenden Bürger*innendialog über die künftige Entwicklung der Stadt - egal ob beim stadtübergreifenden Entwicklungsplan oder bei lokalen Bebauungsplanungen, die konkrete und einschneidende Auswirkungen auf die Anwohner*innen haben. In benachbarten Kommunen ist dies Standard, in Mühlheim fehlt diese Praxis jedoch gänzlich. Dieser Dialog kann in Bürger*innenworkshops und unter Beteiligung der

heimischen Wirtschaft und der Vereine durchgeführt werden.

Die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats, der mehrmals im Jahr die Stadt bzw. städtische Wohnungsbauunternehmen und private Bauherr*innen in Gestaltungsfragen bei wichtigen, das Stadtbild prägenden Bauvorhaben berät, ist für uns zwingend zu prüfen. Die Beiratsmitglieder müssen hierbei interessenunabhängig sein und dürfen nicht in Mühlheim wohnen bzw. hier Planungsaufträge annehmen. In vielen Städten und Gemeinden wurde inzwischen bewiesen, dass damit die Neutralität qualifizierter Berater gewährleistet bleibt. Allerdings erfordert dies auch eine Öffnung der politisch Zuständigen wie der Bauverwaltungen der Stadt und des Kreises für Fragen der Gestaltungsqualität von Bauvorhaben. Das bedeutet menschenorientierte Stadtplanung, wie sie das Baugesetzbuch vorsieht, diese in Mühlheim aber seit vielen Jahren ignoriert wird. Qualitätvolles Planen und Bauen darf sich nicht mit der Erfüllung von Mindeststandards der hessischen Bauordnung zufriedengeben.

Insbesondere im Falle größerer Neubaugebiete und einschneidender Baumaßnahmen ist eine Verbindung von offensiver wie fachlich engagierter Stadtplanung und intensiven Beteiligungsverfahren, welche die Anliegen der Mühlheimer*innen und insbesondere der betroffenen Anwohner*innen berücksichtigt, notwendig. Zudem setzen wir uns im Zuge der Planungsbeauftragung für eine externe und unabhängige Begutachtung sowie für öffentliche Ausschreibungen und Entwurfswettbewerbe ein.

Den Wünschen und Renditeerwartungen von Investor*innen und Immobilienunternehmen darf die Stadt Mühlheim nicht weiter nachlaufen. Projekte wie auf dem ehemaligen Gärtnerei-Gelände am Wingertsweg in Dietesheim oder dem ehemaligen Traveller-Gelände an der Kolpingstraße in Lämmerspiel sind das Ergebnis der die Interessen der Bürger*innen wie auch großräumige bzw. gesamtstädtische Ziele ignorierende Planungspolitik der vergangenen Jahre. Ein weiteres Beispiel hierfür kündigt sich nun auf dem Waitz-Gelände in Lämmerspiel an.

BEZAHLBARER WOHNRAUM UND SOZIALGERECHTE BODENNUTZUNG

Eine soziale und bürger*innenfreundliche Infrastruktur muss durch eine nachhaltige Stadtentwicklung aufrechterhalten und fortlaufend angepasst werden. Eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesstätten-, Grundschul- und Betreuungsplätzen, mit Pflegeplätzen und altersgerechten Wohnungen für Senioren*innen und mit bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwache Wohnungssuchende wie junge Familien, Auszubildende und Studierende muss bei wachsenden Einwohner*innenzahlen mitgedacht werden.

Im Rahmen der sozialgerechten Bodennutzung (SoBoN) müssen – insbesondere bei größeren Neubaumaßnahmen - Investor*innen ausreichend zur Finanzierung der Folgekosten ihrer Projekte herangezogen werden. Mit städtebaulichen Verträgen sind - im rechtlich zulässigen Umfang - die leistungslosen privaten Planungswertgewinne der Baumaßnahmen zur Finanzierung des geförderten Wohnungsbaus und der verkehrlichen und sozialen Infrastruktur wie Kindertagesstätten und Grundschulen heranzuziehen. Die exorbitanten Bodenwertsteigerungen der letzten Jahrzehnte – auch in Mühlheim – dürfen bei Investor*innenprojekten und damit zusammenhängenden Bebauungsplanverfahren nicht allein der privaten Gewinnmaximierung dienen. Es muss hier zudem eine

verpflichtende Quote von insgesamt mindestens 40 Prozent für sozialen Wohnungsbau, Baugenossenschaften und gemeinschaftlichem Bauen bzw. Baugruppen festgelegt werden. Insbesondere falls die Stadt Mühlheim Grundstücke verkauft, muss dessen Bebauung an strenge ökologische und sozialgerechte Bedingungen geknüpft werden. Die Anwendung des Baugebots, das bezweckt, dass Vorhaltegrundstücken nicht unbebaut zur Profitmaximierung missbraucht, sondern als Baugrundstücke für Wohnraum genutzt werden, muss geprüft werden.

Es muss insgesamt eine signifikante Erhöhung der Anzahl an preiswerten Wohnungen und Sozialwohnungen stattfinden, damit mehr bezahlbarer Wohnraum für alle Lebensphasen geschaffen wird. Insbesondere muss mehr sozialer Wohnungsbau nicht nur durch die städtische Wohnbaugesellschaft stattfinden und in Bebauungsplänen verankert werden. Zudem muss die Verlängerung der Sozialbindung von bisherigen Sozialwohnungen weiterhin geprüft werden.

Wir wollen einen qualifizierten Mietspiegel für die Stadt Mühlheim erstellen und diesen nach zwei Jahren aktualisieren, damit er vor Gericht Gültigkeit behält. Hiermit wollen wir bezahlbaren Wohnraum durch Begrenzung der Mieterhöhungsmöglichkeiten sichern und den Mieter*innen Rechtsschutz sowie eine Handhabe gegen Mietwucher geben.

Wir unterstützen zudem die Entwicklung einer Strategie zur Förderung von Umzugsketten oder zum Wohnungstausch. Ziel ist zum Einen der Verbleib in der Nachbarschaft, zum Anderen die Übernahme von Umzugs- und Renovierungskosten sowie die Sicherung des derzeitigen Mietniveaus für beide Parteien. Zur Finanzierung könnten die Einnahmen der Stadt aus der Fehlbelegungsabgabe verwandt werden. Zudem wollen wir den Wohnheimbau für Auszubildende und Studierende fördern und Pilotprojekte des Mehr-Generationen-Wohnens unterstützen.

ÖKOLOGISCHE STADTENTWICKLUNG

Neben sozialen müssen insbesondere ökologische und klimatologische Betrachtungen bei der Schaffung von neuem Wohnraum berücksichtigt werden. Dies heißt, dass bei der Ausweisung von Neubaugebieten Frischluftschneisen für die Kaltluftzufuhr nicht zugebaut, Grünflächen nicht versiegelt und Flussläufe nicht eingeschränkt werden dürfen. Es benötigt eine flächenschonende Bauweise, in der durch Nachverdichtung Fläche bzw. Wohnraum effektiv genutzt wird.

Eine Netto-Null-Versiegelung soll angestrebt und Entsiegelungsprogramme sollen gefördert werden. Dies bedeutet insbesondere, dass wenn eine Versiegelung unumgänglich ist, entsprechende Ausgleichsflächen vor der Versiegelung geschaffen werden müssen.
Auf das B-Plan-Verfahren Nr. 81 zwischen Mühlheim und Dietesheim soll verzichtet werden, damit keine Verbauung des landschaftlichen Freiraums mit Blickverbindung zum Mainuferbereich ermöglicht wird.

Einer Diskussion über die Chancen und Risiken einer Wohnbebauung im Augenwald-Bereich stimmen wir nur zu, wenn von vorneherein weitreichende Forderungen im Verfahren zwingend gesichert werden können: min. 40% mietpreisreduzierter, geförderter Wohnungsbau, hohe ökologische Standards wie autoarmes Wohnen (S-

Bahn-Nähe), emissionsarmes Bauen und Wohnen mit innovativen Energiesparmodellen, überdurchschnittliche Grünflächenanteile, hoher Anteil an Erholungsflächen für die Allgemeinheit und vor allem Schonung der landschaftsprägenden Elemente des Auenbereichs. Im Rahmen einer planerischen, ergebnisoffenen Vorprüfung ist zu untersuchen, ob diese Forderungen bzw. Ziele überhaupt realisierbar sind.

Für Neubauten müssen allgemeine Vorgaben erarbeitet werden, die u.a. moderne und effiziente Heizsysteme, Dachbegrünung und Photovoltaikanlagen umfassen können. Im Bereich der Bestandswohnungen und -häuser wäre die Einrichtung einer Beratungsstelle für klimaeffiziente Sanierungen sinnvoll. Ressourcenschonendes und energiesparendes Bauen und insbesondere der Einsatz klimaneutraler Baustoffe u.a. bei Gebäudehülle und Dämmung soll verstärkt werden. Insbesondere städtische Neubauten und Neubauten durch die Wohnbau GmbH müssen klimaneutral entstehen. Es darf jedoch keine Erhöhung des Mietpreises unter dem Deckmantel der ökologischen Sanierung geben.

STÄDTEBAULICHE QUALITÄT

Durch eine nachhaltige Stadtentwicklung soll die Aufenthaltsqualität in Mühlheim deutlich verbessert werden. Es sollen Begegnungsorte für alle Bürger*innen und ein sozial verträgliches Miteinander geschaffen werden. Wir fordern innerhalb einerqualitätvollen Stadtentwicklungsplanung die Erarbeitung eines Gestaltungskonzepts für Altstadtkerne und stadträumlich bedeutsame Orte. Ebenso ein Konzept zur Regulierung von Vergnügungsstätten wie Spiel- und Automatenhallen, Spielcasinos und -banken sowie Wettannahmestellen, die vielfach mit ihrer Bereitschaft zu hohen Mietzahlungen die Innenstadtmieten hochtreiben und klassischem Einzelhandel und Dienstleistern das Leben schwer machen.

Die unbefriedigende Verkehrs- und Ladenentwicklung der Ortskerne muss gemeinsam mit Eigentümer*innen, Anwohner*innen und allen Mühlheimer*innen neu gedacht und aufgewertet werden.

Das Stadtbild in der Mühlheimer Altstadt und an der Brückenmühle muss erhalten und verbessert werden. Der Bereich der Brückenmühle und des Brückenmühlparkplatz muss u.a. durch Baumpflanzungen, eine Brücke und das Ersetzen des Industriezauns durch eine der Mühle angemessene Zaungestaltung erheblich aufgewertet werden. Die Belebung der Mühlheimer Altstadt durch eine Verpachtung des städtischen Gebäudes „Abtshof“ als Restaurant oder für bürger*innennahe Stadtentwicklungsprojekte ist uns ein wichtiges Anliegen.

Wir uns weiterhin für ein Ortszentrum in Lämmerspiel ein, das dem Stadtteil eine Mitte gibt, zum Treffen und Verweilen einlädt und mit grünen und freundlichen Freiflächen Aufenthaltsqualitäten aufweist. Es sollte geastronomische Angebote machen und der täglichen Versorgung, auch mit Dienstleistungen, dienen. Neuer Wohnraum muss in erheblichem Umfang auch im bezahlbaren Bereich liegen und sollte nicht vom Niveau aktueller Eigentumswohnungen geprägt sein. Wir positionieren uns klar gegen Baudichte und Gebäudeformen, wie sie auf dem Bendergelände entstanden und für das Waitz-Gelände zu erwartet wird. Insbesondere bezüglich der Nahversorgung im Markwald setzen wir uns weiterhin ein, dass im gesamten Stadtgebiet alle Bürger*innen und insbesondere hilfsbedürftige Senior*innen eine Möglichkeit haben, stetige Versorgung zu erhalten. Hierfür kommt für uns ein städtisches Programm in Frage, das

Einkaufshilfen vermittelt und anfänglich mitfinanziert. Hier spielt nur die Maximierung der Verkaufsrenditen eine Rolle, ohne sich um die Bedingungen der Nachbarschaft wie der Anforderungen der Gesamtstadt zu kümmern.

Das Naherholungsgebiet darf nicht weiter nur verwaltet, sondern muss aktiv gestaltet werden. Durch die Einrichtung eines Natur- und Geschichtslehrpfades, der Aufwertung des Grill- und Spielplatzes und Renovierung der Wege und Aussichtsplattformen soll das Naherholungsgebiet wieder zu einem zeitgemäß gestalteten Begegnungsort werden.

Eine Entstehung neuer Gewerbegebiete ohne ein gesamtstädtisches Gewerbeflächenentwicklungskonzept darf es für uns nicht mehr geben.

WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- den "Masterplan Mühlheim 2040" als nachhaltigen, zukunftsorientierten und das gesamte Stadtgebiet umfassenden Stadtentwicklungsplan
- intensive Bürger*innenbeteiligung bei allen Mühlheimer Bebauungsplanprojekten
- die Einrichtung eines Gestaltungsbeirats, der bei Projekten mit Bedeutung für das Ortsbild aufgrund ihrer Lage oder Größe in Gestaltungsfragen berät
- eine sozialgerechte Bodennutzung, bei der private Ivestor*innen bei Projekten mit Bebauungsplan die benötigte soziale und technische Infrastruktur sowie einen 30% Anteil an geförderten Wohnungen mitfinanzieren
- mehr bezahlbaren und sozialen Wohnraum für alle Lebensphasen
- eine ökologische Stadtentwicklung, die Versiegelung minimiert, Begrünung schafft und energiesparendes Wohnen und Bauen unterstützt
- mehr Begegnungsorte für alle Mühlheimer*innen
- eine Aufwertung der Bahnhofstraße und des Brückenmühlparkplatz, der Ortskerne und des Naherholungsgebietes
- eine evtl. Augenwald-Wohngebietsentwicklung nur unter zwingenden Bedingungen: min. 40 % mietpreisreduzierter Wohnungsbau, innovative ökologische Zielsetzungen und ein bürgerintegriertes Wettbewerbs-Verfahren.

A5NEU FAMILIE, JUGEND & SOZIALES: Betreuung und Begegnung - für Jung und Alt

Antragsteller*innen:

Text

KINDERTAGESEINRICHTUNGEN UND SCHULEN

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum einer grünen sozialen Kommunalpolitik. Hierfür ist der Ausbau eines bedarfsgerechten und lückenlosen Betreuungsangebots für Kinder in allen Altersstufen erforderlich. Die Bedarfsermittlung für Kinder von 0-6 Jahren muss deutlich verbessert werden. Ab Vollendung des 1. Lebensjahres haben Kinder einen Rechtsanspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung und sind daher ab diesem Datum zu berücksichtigen, nicht nur zu halbjährlichen Stichtagen. Ferner gilt es vorausschauend Zuzüge von Kindern durch Neubaugebiete in der Planung zu berücksichtigen.

Das bestehende Platzangebot an Betreuungsplätzen ist, neben der Fertigstellung bereits in die Wege geleiteter Projekte wie z.B. der Neubau KiTa Wilhelm-Busch-Straße, durch die Einrichtung eines weiteren Waldkindergartens auszubauen. Ferner gilt es die Kindertagespflege zu unterstützen und weitere Tagespflegepersonen zu gewinnen.

Um bei einem weiteren Bedarfsanstieg zukünftig schneller handlungsfähig zu sein, ist es ferner erforderlich bereits jetzt eine Grundstückssichtung und –sicherung sowie die Vorplanung einer weiteren Kindertageseinrichtung in Angriff zu nehmen. Da erfahrungsgemäß dieser Prozess bis zur Eröffnung einer neuen Kindertageseinrichtung deutlich länger als drei Jahre braucht.

Die Schulbetreuungsangebote an den Mühlheimer Grundschulen sind in den letzten Jahren erheblich ausgebaut und verbessert worden. An der Geschwister-Scholl-Schule gibt es Betreuungsangebote des Fördervereins und des Horts. Es gibt jedoch keine Schulkantine, um allen Schüler*innen einen Mittagstisch anbieten zu können. Daher kann die Schule nicht an den Entwicklungsprojekten für Schulen des Landes Hessen, wie “Pakt für den Nachmittag” und Profil 1, 2 oder 3 des Ganztagsprogramms teilnehmen. Hier ist dringend eine Lösung zu finden und umzusetzen.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Sicherung und Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonalzur Betreuung der Kinder und Schüler*innen. Hierzu ist die Attraktivität von Erzieher*innenstellen weiter zu steigern, u.a. durch die Einführung und Gewährung einer Ausbildungsvergütung.

Der Kinderstadtplan, der über Jugendtreffs, Spiel- und Bolzplätze, Skateparks, Kitas, Schulen und alle für Kinder- und Jugendlichen relevanten Begegnungsorte informiert, soll aktualisiert, als Broschüre an alle Neubürger*innen mit Kindern bei der Anmeldung ausgehändigt und online zur Verfügung gestellt werden.

JUGEND

Neben der Erhaltung des Angebots unseres Jugendzentrums im Stadtkern sind die dezentralen Angebote der Jugendpflege in allen Stadtteilen auszubauen. Zu einer lebenswerten Kommune gehören ein ausreichendes Angebot für alle Kinder und Jugendliche und insbesondere eine guteflächendeckende und intensive

Jugendarbeit. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Schaffung von öffentlichen Räumen und Begegnungsstätten. Dabei stehen insbesondere Dietesheim und Lämmerspiel im Fokus.

Auch an allen Grund- und weiterführenden Schulen sowie im Jugendzentrum muss es ausreichend Sozialarbeiter*innen geben. Bei der Jugendarbeit ist insbesondere darauf zu achten, durch passende Werbemaßnahmen - vor allem über die sozialen Medien, Kontakt in Schulen und Vereinen - möglichst viele Jugendliche zu erreichen.

Gleichzeitig fordern wir mehr einfach zugängliche psychologische Hilfe und Beratung für alle Jugendliche, die in der Schule oder in ihrem privaten Umfeld mit Problemen zu kämpfen haben - insbesondere für Betroffene von Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Rassismus und häuslicher Gewalt.

Um die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen aus Mühlheim stärker in politische Prozesse einzubinden, setzen wir uns für eine Stärkung des Jugendforums und dessen Rechte ein.

Außerdem setzen sich die GRÜNEN für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahren bei Landtags-, Bundestags-, Europaparlaments und insbesondere Kommunalwahlen ein. Die Stadt Mühlheim soll sich für Gründung eines Jugendringes als Zusammenschluss aller in Mühlheim engagierten Jugendverbände, -vereine und -parteien stark machen und diesen finanzieren. Zusätzlich soll die Stadt Mühlheim Jugendvereine und deren Aktivitäten stärker fördern und unterstützen, dass immer ein breites Spektrum an Jugendaktivität, sowie Jugendpartizipation vorhanden ist. Generell gilt es, die Belange der gesamten Jugend und aller Kinder zu vertreten und Jugendpartizipation neu zu denken.

Es soll ein naturnaher Jugendzeltplatz in der Nähe des Naherholungsgebietes für örtliche und ortsfremde Jugendgruppen geschaffen werden.

Damit auch junge Menschen kostengünstig und selbstbestimmt in Mühlheim leben können, wollen wir Wohnheime für Studierende und Auszubildende schaffen. Jugendliche und junge Erwachsene sollen nicht ungewollt aus Mühlheim wegziehen müssen, um an bezahlbaren Wohnraum zu kommen.

SENIOR*INNEN UND BARRIEREFREIHEIT

Um pflegende Angehörige durch ein wohnortnahes Angebot zu entlasten, setzen wir uns für eine Tagesstätte bzw. -tagespflege für Senioren*innen in Mühlheim ein. Zudem sind barrierefreie Umbaumaßnahmen von Geschäften, Praxen, Kanzleien, Gaststätten, öffentlichen Einrichtungen und anderen öffentlich nutzbaren Gebäuden zu fördern. In einem “barrierefreien Stadtplan” - als Broschüre und online - ist über alle barrierefreie Einrichtungen und Begegnungsmöglichkeiten zu informieren.

Wir setzen uns ein für einen Runden Tisch für Senior*innen, Menschen mit Handycap, Pflegebedürftige und Personen und Institutionen, die Angebote für diese Menschen bereitstellen, um notwendige Maßnahmen und Bedarfe festzustellen und deren Umsetzung voranzutreiben.

STADTGESELLSCHAFT, EHRENAMT, SPORT UND KULTUR

Engagierte und interessierte Bürger*innen fördern ein gutes Zusammenleben in der Stadt.Insbesondere die vielzähligen und unterschiedlichen Vereine, Verbände und Gruppen zeigen dies. Die städtischen Einrichtungen haben die Aufgabe, diese so gut es geht in all ihren Anliegen zu unterstützen.
Leistungs- und Freizeitsport sind für uns ein wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens in Mühlheim und insbesondere für die Jugendarbeit unersetzlich. Die zahlreichen Sportvereine der Stadt leisten hierzu und zu uns wichtigen humanitären und sozialpolitischen Zielen einen großen Beitrag und tragen durch ein breites Sportangebot zur Gesundheit der Mühlheimer*innen bei. Der städtische Haushalt muss ihnen die nötige Förderung zur Verfügung stellen, damit sie trotz oftmals schwindender Mitgliedszahlen und sozialer Distanz ihre Vereinsarbeit fortführen können. Insbesondere Jugendarbeit sowie Sportangebote für Senior*innen dürfen nicht an finanziellen Hürden scheitern. Wir wollen die Vereine dabei unterstützen, ihre Vereinsanlagen zu modernisieren sowie energetisch zu sanieren und damit den Energie- und Wasserverbrauch zu senken. Die Beantragung von städtischen Förderungen muss transparent erfolgen und gleichzeitig unbürokratisch sein. Wir wollen die Sportförderrichtlinien im Dialog mit den Vereinen im Sinne ihrer Mitglieder erarbeiten und Vereinsförderung neu denken.

Durch regelmäßige themenspezifische Foren sind diese miteinander zu vernetzen und Interessierte zu informieren - insbesondere in der Sozial-, Jugend- und Senior*innenarbeit. Die Musikschule, die Volkshochschule und die städtische Bücherei ermöglichen allen Mühlheimer*innen einen einfachen Zugang zu außerschulischer Bildung und sind langfristig zu erhalten. Bei digitalen Verfahren der Bürger*innenbeteiligung kann die Stadtbücherei eine wichtige Funktion einnehmen, um alle Bürger*innen Teilhabe zu ermöglichen.

Der Fortbestand des Hallenbades und des Freibades als zentrale Begegnungs- und Sportstätten ist zu gewährleisten; eine energetische Sanierung insbesondere des Hallenbades ist hierfür dringend erforderlich. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Grillplatz am Naherholungsgebiet u.a. durch naturnahe Spielmöglichkeiten zu einem zeitgemäß gestalteten Begegnungsort aufgewertet wird.

Die bestehende Städtepartnerschaft mit der französischen Stadt Saint-Priest ist zu intensivieren und eine neue Städtepartnerschaft mit einer weiteren europäischen Stadt zu initiieren. Insbesondere gegenseitige Besuchsmöglichkeiten von Sport-, Kulturvereinen und Schulen der verpartnerten Städte finanziell und organisatorisch sind zu unterstützen.

Soziale Kontakte entstehen durch Begegnung - auch im öffentlichen Raum. Im Mühlheimer Straßenbild fehlt es an geeigneten Orten, die bequem und gemütlich zum Verweilen einladen und somit ungezwungene Kontakte und Gespräche zwischen den Menschen ermöglichen und fördern. Wir setzen uns für das Projekt „50 Bänke, 50 Bäume für Mühlheim" ein. Dabei sollen dezentral im gesamten Stadtgebiet 50 Bänke mit jeweils mindestens einem schattenspendenden Baum aufgestellt werden.

Wir wollen das Thema Sucht und Drogen aus den Polizeiakten in den kommunalpolitischen Diskurs holen und Konsument*innen helfen, statt sie zu kriminalisieren. Wir wollen eine städtische Präventions- und Betreuungsarbeit

initiieren, die bisher von privaten und schulischen Akteur*innen geleistet wurde. Sozialarbeiter*innen und Streetworker*innen sollen mit Betroffenen, insbesondere mit jungen Konsument*innen, in den Dialog treten, bevor umfassende polizeiliche Maßnahmen notwendig werden.

Die bestehende städtische Geflüchtetenarbeit ist fortzuführen, ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit zu unterstützen und an aktuelle Rahmenbedingungen anzupassen. Wir setzen uns dafür ein, dass Mühlheim der Initiative “Sicherer Hafen” beitritt, um sich gemeinsam mit anderen Kommunen für die Entkriminalisierung der humanitären Seenotrettung und die dezentrale Aufnahme von schutzbedürftigen Geflüchteten vor Ort einzusetzen. Wir GRÜNE stehen für eine Flüchtlings- und Integrationspolitik, in der der einzelne Mensch zählt. Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl, setzen uns für faire, qualifizierte und effiziente Verfahren sowie für eine nachhaltige Integrationspolitik ein. Wir setzen uns dafür ein, dass in Mühlheim weiterhin Geflüchtete aufgenommen werden, ihnen Wohnraum zur Verfügung gestellt wird und die vielfältigen Angebote zum Kennenlernen unserer Kultur und Lebensweise, zur Organisation ihres Alltags und zur Integration in unsere Gesellschaft bestehen bleiben, gepflegt und ausgebaut werden.

Hierbei kommt den ehrenamtlichen Unterstützer*innen eine herausragende Rolle zu. Sie sind in ihrem Engagement für unsere Gesellschaft zu würdigen, zu fördern und zu unterstützen. Als zusätzliches Zeichen der Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger*innen in allen Bereichen soll sich die Stadt Mühlheim für mehr Vergünstigungen für Inhaber*innen der Jugendleitercard und der Ehrenamtscard einsetzen.

WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- ein bedarfsgerechtes und lückenloses Betreuungsangebot der Schulen und Kindertagesstätten
- die Schaffung von mehr öffentlichen Räumen und Begegnungsstätten für alle Mühlheimer*innen
- die Stärkung des Jugendforums sowie des Jugendzentrums und Wohnraum für Studierende und Auszubildende
- eine Modernisierung, Sanierung und damit Aufwertung des Mühlheimer Hallenbads
- die Förderung einer zweiten Städtepartnerschaft
- „50 Bänke und 50 Bäume“ für Mühlheim als naturnahe Orte der Begegnung

A6NEU TEILHABE & STADTLEBEN: Bürger*innenbeteiligung & Akzeptanz - gegen Ausgrenzung

Antragsteller*in: Ortsverband

Text

Die GRÜNEN in Mühlheim setzen sich für eine Kommunalpolitik ohne politisches Lagerdenken im Sinne der Bürger*innen ein. Unser Ziel ist es, politische Entscheidungen auf einer möglichst breiten Basis zu treffen, offene Diskussionen zu führen und Informationen allen Beteiligten zur Verfügung zu stellen. Wir wollen Potentiale der Bürger*innenbeteiligung nutzen und dabei niemanden ausgrenzen. Wie stehen bedingungslos für Inklusion, Vielfalt und Toleranz ein.

INKLUSION, VIELFALT UND TOLERANZ

Eine inklusive Gesellschaft grenzt niemand aus, sondern bietet Menschen mit und ohne Behinderungen, jeder sozialen oder ethnischen Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Identität, Religion, Weltanschauung und jeden Alters gleiche Rechte und Chancen sowie gute Lebensbedingungen und schützt sie vor Diskriminierung und Gewalt. Selbstrepräsentanz und Teilhabe aller gesellschaftlicher Akteur*innen sind die Grundlage einer Demokratie - egal ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene.

Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und die mindestens Hälfte der Macht den Frauen*. Dafür kämpft die grüne Frauen*politik. Unsere Parteigeschichte ist geprägt vom Feminismus und von Frauen*, die ihre Rechte durchsetzen - mit den Männern wenn möglich, gegen sie wenn nötig. Doch am Ziel sind wir noch längst nicht: Wir kämpfen weiter dafür, Chancen, Macht, Geld und Zeit endlich gerecht zwischen Frauen* und Männern zu teilen. Alle Menschen brauchen gleiche Chancen und keine Rollenklischees, die sie einschränken.

Im Mühlheimer Ortsverband besetzen wir Gremien und Wahllisten paritätisch. Wir achten im politischen Leben darauf, die Rechte der Frauen* in den Fokus zu stellen und durchzusetzen. Die GRÜNEN setzen sich entschieden gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt gegen sexuelle Minderheiten ein. Jede*r hat ein Recht auf völlige Gleichstellung. In städtischen Veröffentlichungen muss eine gendergerechte Sprache das Ziel sein, damit sich alle Bürger*innen gleichermaßen angesprochen fühlen und Akzeptanz sowie Offenheit vermittelt wird. In den Aufsichtsräten und Führungsebenen der städtischen Unternehmen und deren Tochterunternehmen soll eine geschlechterparitätische Besetzung schnellstmöglich umgesetzt werden. Das städtische Frauen*büro und die Frauen*beauftragten gilt es zu stärken, damit sie Frauen* weiterhin sinnvoll beraten und unterstützen können. Zusätzlich soll ein*e Gleichstellungsbeauftragte*r, der*die als Ansprechpartner*in für alle Minderheiten fungiert, geschaffen werden.Das städtische Frauen*büro und die Frauen*beauftragten gilt es zu stärken, damit sie Frauen* weiterhin sinnvoll beraten und unterstützen können. Zusätzlich soll ein*e Gleichstellungsbeauftragte*r, der*die als Ansprechpartner*in für alle Minderheiten fungiert, geschaffen werden.
In städtischen Veröffentlichungen muss eine gendergerechte Sprache das Ziel sein, damit sich alle Bürger*innen gleichermaßen angesprochen fühlen und Akzeptanz sowie Offenheit vermittelt wird. In den Aufsichtsräten und Führungsebenen der städtischen Unternehmen und deren Tochterunternehmen soll eine geschlechterparitätische Besetzung schnellstmöglich umgesetzt werden.

Es müssen sichere Räume für LSBTQIA+-Menschen [lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intersexuell, asexuell und weitere Geschlechtsidentitäten], insbesondere für Jugendliche, geschaffen werden. Hier soll sich zu betreffenden Themen informiert, mit anderen ausgetauscht und ein sicherer Rückzugsort und Anlaufstellen in der Stadt geschaffen werden. Eine Zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum als Ort für Infoabende und vorurteilsfreie Hilfe kann dafür die Basis bilden. Wichtig wäre zudem die Sensibilisierung der Betreuer*innen durch Weiterbildung und frei zugängliches Infomaterial umliegender LSBTQIA+-Organisationen an einem Ort. Wir wollen Infoveranstaltungen zum Thema LSBTQIA+-Awareness und -Sichtbarkeit insbesondere für Schüler*innen organisieren.

Behinderte Menschen sollen gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen leben, arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Eine inklusive Gesellschaft ist für uns deshalb ein wichtiges Ziel. Und zwar in allen Lebensbereichen. Zu viele Barrieren verhindern, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am Leben teilnehmen. Wir setzen uns für den schrittweisen Abbau aller hinderlichen Barrieren im Stadtgebiet und in öffentlichen Gebäuden ein. Zudem ist der Abbau sprachlicher Barrieren insbesondere bei offiziellen Behördendokumenten und -informationsmitteln für uns zentral. Leichte Sprache, angepasste Schriftgrößen und Übersetzungen müssen Anwendung finden.

Wir stehen für eine gute Integration der Menschen, die bei uns leben wollen. Sie brauchen gleiche Rechte und Chancen. Grüne Politik fördert Teilhabe, unterstützt die Ankommenden und die hier Lebenden. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft abverlangt, in unserer Gesellschaft auf der Grundlage unseres Grundgesetzes zusammenzuleben. Für uns zählt nicht, woher ein Mensch kommt, sondern wo sie oder er hinwill.

BPoCs (Black and People of Color [Menschen, die aufgrund ihres Aussehens ‘rassifiziert’ werden]) haben mit alltäglichem und institutionellem Rassismus zu kämpfen. Es müssen eine städtische Antirassismusstelle und -beauftragte*n geschaffen und Antirassismusschulungen für alle städtischen Mitarbeitenden eingeführt werden.
Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in Mühlheim eine Gedenkstätte für Opfer von rechter Gewalt und Rassismus entsteht.Insbesondere auf kommunaler Ebene müssen alle hier lebenden Menschen das Recht haben, durch politische Wahlen und Partizipation die Gesellschaft mitzubestimmen und -gestalten. Deshalb setzen sich die GRÜNEN für das Wahlrecht aller Menschen - auch für Nicht-EU-Bürger*innen -, die mindestens drei Monate in Mühlheim leben, ein.

BÜRGER*INNENBETEILIGUNG

Online-Bürger*innenbeteiligung stellt in Zeiten der Digitalisierung eine große Chance dar, auch auf kommunale Ebene die demokratische Legitimation sowie die Beteiligung der Bürger*innen zu maximieren. Bürger*innenportale wie “Frankfurt fragt mich”, “Mannheim gemeinsam gestalten” oder “Bonn macht mit” zeigen in vielen Kommunen wie Bürger*innenbeteiligung effektiv gestaltet werden kann. Ein solches Bürger*innenportal oder -cockpit würde keineswegs erhebliche Mehrkosten, sondern eine bürokratische Vereinfachung bedeuten. Projekte wie das Bürger*innentelefon, die Einwohner*innenfragestunde, der Mängelmelder oder Verbraucher*inneninformationen könnten zu einem Organ zusammengefasst werden. Zudem würde das digitale Format erheblich Ressourcen in Form von Papier, Briefumschlägen, etc. sparen.

Das Portal könnte eine Vielzahl von Beteiligungs- und Transparenzverfahren umsetzen. So könnten Bürger*innenbefragungen die Grundlage wichtiger politischer Entscheidungen werden. Die Sitzungen der Mühlheimer Stadtverordnetenversammlung könnten gefilmt und über das Portal übertragen werden. Einmal jährlich könnte eine Umfrage die Mühlheimer*innen nach ihren Anliegen und Beschwerden fragen.

Darüber hinaus wollen wir in der neuen Legislaturperiode einen Beteiligungshaushalt einführen, bei dem die verschiedenen Posten in einem Haushaltsplan kommentiert und durch ein Ampelsystem bewertet werden können. Auch ein solcher Beteiligungshaushalt könnte in das Bürgerportal integriert werden. Die Kommunalpolitik soll so transparenter, die Entscheidungen nachvollziehbarer gemacht und die Mittel verstärkt im Sinne der Mühlheimer*innenverwendet werden.

Für uns steht fest, dass ein solches Portal ebenso wie ein Beteiligungshaushalt nur bei einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung sowie einer mutigen Umsetzung der Stadt Mühlheim funktionieren kann. Beides soll daher mit den sozialen Medien verknüpft und in allen Mühlheimer Haushalten beworben werden. Uns ist dabei besonders wichtig, dass trotz der rein digitalen Form jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Stadt Zugang zu dieser Beteiligungsmöglichkeit hat. In der Stadtbücherei und anderen städtischen Einrichtungen soll es daher einen kostenfreien Zugang geben.

Die Wahlbeteiligung von 45,26% bei der Kommunalwahl im Jahr 2016 nahmen wir GRÜNE als die nächste Stufe einer bedenklichen Entwicklung wahr. Selbst einstimmige politische Entscheidungen repräsentieren unter diesen Vorzeichen nicht mehr eine Mehrheit der Wahlberechtigten. Dieses Problem muss parteiübergreifend in einem dafür einzurichtenden Gremium diskutiert und angegangen werden. Wir wollen künftig eine städtische, parteiunabhängige Kampagne ins Leben rufen, die großflächig für Kommunalwahlen wirbt. Wir wollen das Wählen sowie die Wahlhilfe attraktiver gestalten und Erstwähler*innen-Briefe im Namen der Stadt verschicken. So machen wir es uns zum Ziel, bei künftigen Kommunalwahlen eine Wahlbeteiligung von über 50% anzustreben.

Wir wollen vor Sitzungen von Ausschüssen sowie der Stadtverordnetenversammlung eine Fragestunde für Bürger*innen einrichten, in der Anliegen und Rückfragen an die Stadtverordneten gerichtet werden können. Städtebauliche Maßnahmen sollen im Entwurfsstadium regelmäßig in öffentlichen Veranstaltungen der Bürger*innenschaft präsentiert werden. Wir wollen einen trialogischen Prozess zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik in die Wege leiten und eine Arbeitsgemeinschaft ins Leben ruft, die langfristig Beteiligungsverfahren erarbeitet, die weit über die bisherigen Möglichkeiten hinausgehen, wie beispielsweise einen Bürger*innenrat.

Wir wollen die Beteiligung und Teilhabe der Mühlheimer*innen an allen kommunalpolitischen Entscheidungen in Mühlheim ermöglichen. Wir fordern ein Initiativrecht für Beteiligungsverfahren für alle Bürger*innen. Für Initiativen mit mindestens 100 Unterstützer*innen soll die Stadtverwaltung ein Beteiligungskonzept ausarbeiten und dieses der Stadtverordnetenversammlung vorlegen. Hierfür wollen wir eine Service- und Beratungsstelle für

Bürger*innenbeteiligung schaffen. So sollen mehr Bürger*innen bei der aktiven Gestaltung der Stadtentwicklung sowie ihres unmittelbaren Umfeldes eingebunden werden.

WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- Eine inklusive Gesellschaft, die niemand ausgrenzt und den Abbau von Barrieren in Mühlheim
- Die Integration von Geflüchteten, das Grundrecht auf Asyl
- Mindestens die Hälfte der Macht den Frauen*
- ein engagiertes Eintreten gegen Populismus am rechten Rand der Gesellschaft und gegen neofaschistische Tendenzen in unserem Land
- Digitale Bürger*innenbeteiligung und transparente Verfahren in Form von Beteiligungshaushalten und einem Bürger*innencockpit
- Aufklärung und Beratung für Menschen jeder sexuellen Orientierung und Maßnahmen gegen Diskriminierung

A7NEU WIRTSCHAFT & FINANZEN: Sinnvoll investieren - in Zukunft und Nachhaltigkeit

Antragsteller*innen:

Text

GEWERBE UND UNTERNEHMEN

Grünes, nachhaltiges Wirtschaften und erfolgreiches Wirtschaften sind keineswegs ein Widerspruch. Wir sind überzeugt davon, dass wirtschaftliches Handeln künftig grüner werden muss, um den künftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Der Klimawandel erfordert, dass wir unsere Energie-, Wirtschafts- und Verkehrssysteme von fossiler Energie entkoppeln. Durch die Nutzung von natürlichen, endlichen Ressourcen stoßen wir an ökologische Grenzen, zudem behindert der sich verstärkende Fachkräftemangel unsere Wirtschaft massiv in ihrer Entwicklung. Die Corona-Pandemie mit all ihren Begleiterscheinungen verschärft die Lage zusätzlich.

Wir brauchen einen nachhaltigen und sozial-verträglichen Umbau der Wirtschaft, klimafreundlichen Konsum, Produktverantwortung statt einer Wegwerfgesellschaft und eine Energiewende durch Energieeffizienz. Die GRÜNEN können in Mühlheim dazu beitragen den politischen Rahmen für einen solchen ökologischen Umbau zu schaffen. Das Mühlheimer Gewerbe ist wettbewerbsfähig, weist eine breite Produktionsvielfalt sowie eine große Fertigungstiefe auf und besitzt auf vielen Gebieten technologische Vorsprünge.

Wir wollen unsere Unternehmen und Betriebe bei einer Transformation unterstützen, die keineswegs einen Verlust, sondern eine Chance darstellt. Wir wollen dabei helfen, berufsbezogene und betriebliche Weiterbildung auch in Mühlheim zu unterstützen und eine moderne Einwanderungspolitik hiermit sinnvoll verknüpfen. Für uns bildet das Mühlheimer Gewerbe einen wichtigen Stabilitätsanker bei der Bewältigung zukünftiger Herausforderungen.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, einen Gewerbeentwicklungsplan zur aktiven Zukunftsgestaltung zu erarbeiten und eng mit den Mühlheimer Unternehmen und Betrieben zusammenzuarbeiten, um gemeinsam die Weichen für einen ökologischen Wandel zu stellen.Wir stehen für eine sozialverträglich, ökonomische und ökologisch Flächennutzung in unserer Stadt, in der Gewerbeflächen nicht in Konkurrenz mit Wohnraum stehen. Um auch weiterhin zukunftsorientierte und ökologische Flächenausnutzung betreiben zu können, wollen wir in Zusammenarbeit mit unseren Gewerbetreibenden ein gesamtstädtisches Gewerbeflächenentwicklungsplan erarbeiten,dieser soll aufzeigen wie Flächen sinnvoll und möglichst effizient genutzt werden können. Wir stehen für eine sozialverträgliche, ökonomische und ökologische Flächennutzung in unserer Stadt, in der Gewerbeflächen nicht in Konkurrenz mit Wohnraum stehen. Um eine zukunftsorientierte, effiziente und ökologische Ausweisung und Nutzung von Flächen zu ermöglichen, planen wir ein gesamtstädtisches Flächenentwicklungskonzept zu erarbeiten. Wir werden ferner darauf hinarbeiten, Ladenlokale in Mühlheim, besonders in den Stadtteilen Markwald und Lämmerspiel, anzusiedeln. Gewerbetreibende sind durch laufende Beratung und Information in Themen, wie erneuerbare Energien, Müllvermeidung oder Stromgewinnung flankierend zu unterstützen.

Auch durch Ausnahmesituationen wie die Coronakrise zeigt sich immer mehr, dass für zukunftsfähige Unternehmen und Haushalte eine schnelle und zuverlässige Breitbandanbindung nötig ist. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, das Mühlheim immer auf dem Stand des Möglichen und nicht nur des Nötigen seinen Breitbandausbau vorantreibt. Die Stadt Mühlheim wird bei Ausschreibungen natürliche, regionale, klimaneutrale und fair gehandelte Materialien und somit auch ortsansässige Unternehmen bevorzugen. Städtische Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die und deren Subunternehmen mindestens den jeweils tariflichen Mindestlohn zahlen.

Wir setzen uns für eine ökologische Landwirtschaft ein und fordern dazu eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen. Diese sollen darin unterstützen werden, ihre Betriebe auf ökologische Landwirtschaft umzustellen, zum Schutz der Biologischen- und Arten-Vielfalt. Mit kommunalen Biodiversitätsstrategien und Freiflächenkonzepten zum Schutz der Arten sollen vor Ort neue Lebensräume geschaffen werden. Wir wollen den Flächenverbrauch minimieren, die Lebensräume von lokalen Tier- und Pflanzenarten schützen und dazu Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und Biotope besser vernetzen. Insbesondere die landwirtschaftlich genutzten Flächen der Stadt sollen nur noch nach Biostandards bewirtschaftet werden und dementsprechend ausschließlich an Biolandwirt*innen verpachtet werden.
Außerdem wollen wir prüfen lassen, ob es Möglichkeiten gibt Transportwege für die in Mühlheim ansässigen Unternehmen CO2 neutral(er) zu gestalten.

FINANZEN

Um einen ausgeglichenen städtischen Haushalt zu erreichen, muss die Stadt seit Jahren wahlweise die Steuern und Gebühren erhöhen, städtisches Tafelsilber (z.B. Grundstücke) veräußern sowie regelmäßig den Fachbereichen intransparente und teils unrealistische Einsparungsbeträge auferlegen. Dabei ist der städtische Handlungsspielraum, aufgrund von festen Kostengrößen, wie Kreisumlage und Personalkosten, sehr gering. Ein weiter so kann es daher nicht geben.

Umso wichtiger ist es für uns Grüne, einen ehrlichen Kassensturz vorzunehmen. Dazu ist es notwendig zu prüfen, welche Leistungen und Aufgaben für die Stadt zukünftig erforderlich und leistbar sind. Mögliche Synergieeffekte und Doppelstrukturen in der Verwaltung sind auf den Prüfstand zu stellen. Hierzu bedarf es Ehrlichkeit und Mut sowie einer transparenten Bürgerbeteiligung.

Die den städtischen Fachbereichen im Rahmen des Haushalts zur Verfügung gestellten Mittel müssen realistisch sein. Wir erwarten, dass bei Kürzungen festgelegt wird, wo und wie die Verwaltung diese Einsparungen umsetzen soll und kann. Unklare „Konsolidierungsbeträge“ in Form nicht definierter Mehreinnahmen oder Minderausgaben werden von uns Grünen abgelehnt. Eine weitere Abwälzung der Kosten auf die Bürgerschaft durch stetig steigende Steuern wird von uns kritisch gesehen und ist zu vermeiden.

WER DIE GRÜNEN IN MÜHLHEIM WÄHLT, ENTSCHEIDET SICH FÜR:

- ordnungspolitische Rahmenbedingungen für einen sozialökologischen Umbau der Wirtschaft
- einen Mühlheimer Gewerbeentwicklungsplan, erstellt in Zusammenarbeit mit Betrieben und Einzelhändler*innen
- ein Konzept zur Stärkung des Einzelhandels in den Stadtteilzentren
- Eine transparente Haushaltspolitik
- Keine stetig weitersteigenden Steuern und Gebühren